

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Albert Steinhauser, Freundinnen und Freunde

betreffend generelle Ablehnung der Sammlung von Fingerabdrücken und IP-Adressen im Finanzstrafgesetz sowie der Vorratsdatenspeicherung

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Dringlichen Antrag der Abgeordneten Strolz, Dietrich, Kolleginnen und Kollegen betreffend "Stopp dem Überwachungsstaat: Gläserner Staat statt gläserne Bürgerinnen und Bürger"

BEGRÜNDUNG

Die Abgeordneten Strolz und Dietrich beantragen in ihrem vorliegenden Dringlichen Antrag, die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, möge in ihren Gesetzesvorschlägen unter anderem folgende Punkte berücksichtigen:

- *keine **überbordende** Ermächtigung zur Sammlung von Fingerabdrücken und IP-Adressen im Finanzstrafgesetz*
- *keine Einführung einer systematischen, anlasslosen, personenbezogenen Datenspeicherung **ohne parlamentarische Kontrolle***

Die Antragsteller von NEOS und Team Stronach befürworten demnach also die Ermächtigung zur Sammlung von Fingerabdrücken und IP-Adressen im Finanzstrafgesetz, sofern diese nicht *überbordend* ist. Aus Sicht der Grünen ist aber eine Ermächtigung zur Sammlung derartiger Daten im Finanzstrafgesetz generell abzulehnen. Es besteht überhaupt kein Grund, im Rahmen von Finanzstrafverfahren zur Sammlung von Fingerabdrücken oder IP-Adressen zu ermächtigen, und zwar auch nicht in kleinerem Ausmaß.

Des Weiteren befürworten NEOS und Team Stronach die Einführung *einer systematischen, anlasslosen, personenbezogenen Datenspeicherung* (Anm.: „Vorratsdatenspeicherung“), *sofern diese einer parlamentarischen Kontrolle unterliegt*. Ein derartiger Anschlag auf die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger ist aber entschieden abzulehnen, und zwar egal, ob mit oder ohne parlamentarische Kontrolle.

Mit derartigen Positionierungen, wie sie im Antrag von NEOS und Team Stronach ausgeführt sind, wird zwar der Slogan „Stopp dem Überwachungsstaat“ plakativ in die Überschrift gesetzt, gleichzeitig wird aber durch die genannten Relativierungen und Einschränkungen der Bundesregierung signalisiert, unter welchen Voraussetzungen die Antragsteller die Ermächtigung zur Sammlung von Fingerabdrücken und IP-Adressen im Finanzstrafgesetz sowie die Einführung der Vorratsdatenspeicherung unterstützen würden.

Es ist daher aus Sicht der Grünen erforderlich, dass der Nationalrat diesbezüglich gegenüber der Bundesregierung klar zum Ausdruck bringt, dass derartige Eingriffe in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger abgelehnt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in ihren Regierungsvorlagen von

- einer Ermächtigung zur Sammlung von Fingerabdrücken und IP-Adressen im Finanzstrafgesetz und
- der Einführung einer systematischen, anlasslosen, personenbezogenen Datenspeicherung („Vorratsdatenspeicherung“)

Abstand zu nehmen.



The image shows several handwritten signatures in black ink. The signatures are written in a cursive style. There are approximately seven distinct signatures scattered across the middle section of the page, some overlapping. The names are not legible due to the cursive handwriting.